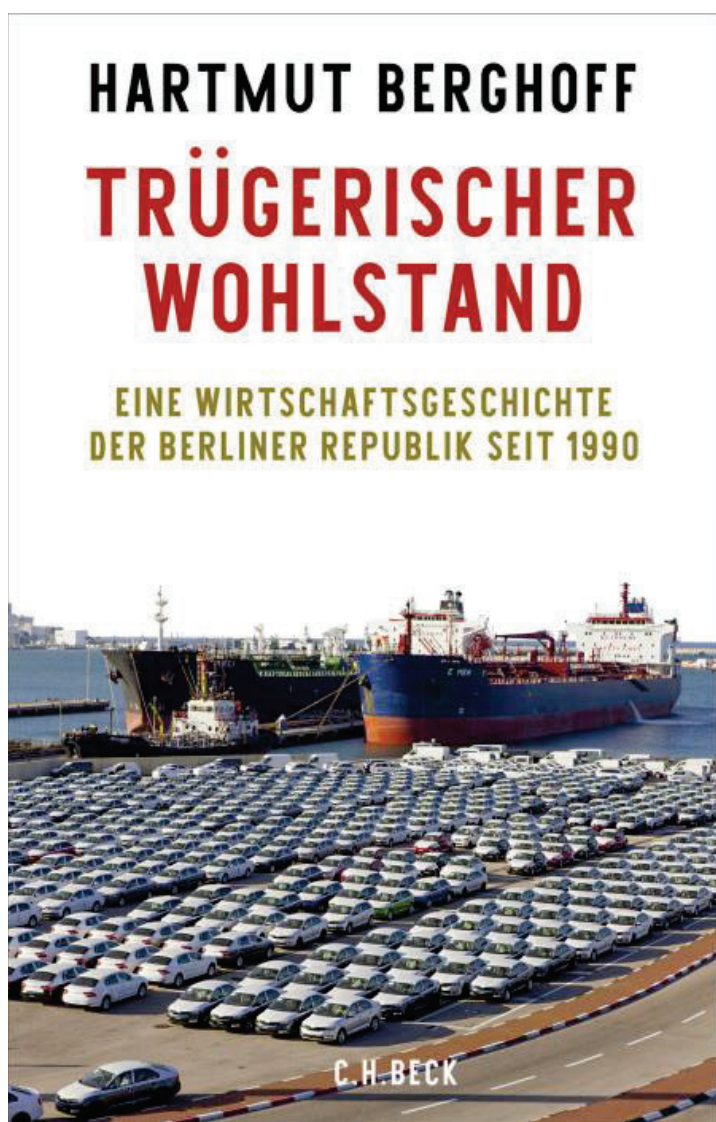


Unverkäufliche Leseprobe



Hartmut Berghoff
Trügerischer Wohlstand

Eine Wirtschaftsgeschichte der Berliner Republik
seit 1990

2026. 376 S., mit 11 Grafiken und 4 Tabellen
ISBN 978-3-406-84561-1

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/40198679>

Hartmut Berghoff

Trügerischer Wohlstand

Hartmut Berghoff

Trügerischer Wohlstand

Eine Wirtschaftsgeschichte
der Berliner Republik seit
1990

C.H.Beck

Mit 11 Grafiken und 4 Tabellen

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2026

Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München

Umschlagabbildung: istock, © liorpt

Satz: SchwabScantechnik GmbH, Göttingen

Druck und Bindung: Friedrich Pustet, Regensburg

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 84561 1



verantwortungsbewusst produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

produktsicherheit.beck.de

Für Linus und Annette

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 11

Einleitung 15

1 Wachstum und Konjunktur. Allgemeine Trends 27

**2 Unausgeschöpfte Potentiale und
Entwicklungshindernisse 41**

**3 «Auferstanden aus Ruinen.» Die verkannte
Erfolgsgeschichte der Vereinigung 51**

Das vergiftete Erbe der SED-Diktatur 51

Weichenstellungen und Vereinigungskrise 56

Die Revitalisierung der ostdeutschen Wirtschaft 71

**4 Am Abgrund. Die großen Krisen der
Berliner Republik 87**

Warum die Finanzkrise nicht zur Weltwirtschaftskrise 2.0
wurde 87

Die Eurokrise und ihre vorläufige Überwindung 96

**5 Schöne neue Welt? Technologische und strukturelle
Umbrüche 107**

Disruptive Dynamiken. Von der Digitalisierung
zur Industrie 4.0 107

Die Mär von der postindustriellen Gesellschaft 117

Ökologische Modernisierung in Zeiten des
Klimawandels 124

6 Der Umbau der Deutschland AG.

Die neue Unternehmenslandschaft 137

Globalisierung und Internationalisierung 137

Die deutsche Variante der Finanzialisierung 146

Tatort Unternehmen. Wirtschaftskriminalität ohne Grenzen? 160

Transformation und Niedergang. Der Bankensektor 170

Verkauftes Tafelsilber? Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen 177

7 Soziale Spannungsfelder 187

Das Ende der Tarifpartnerschaft? Arbeitsbeziehungen im Wandel 187

Oben und Unten. Soziale Ungleichheit 195

8 Der herausgeforderte Staat 209

Staatsschulden und Steuern. Grundzüge der Finanzpolitik 209

Umbau und Expansion des Sozialstaates 221

Sackgassen, Versäumnisse und Fehlentwicklungen 235

9 Gesellschaft im Umbruch 247

Deutschland stirbt nicht aus. Der demographische Wandel 247

Der lange Weg zum Einwanderungsland. Migration und Integration 251

Die bunte Republik. Geschlechterverhältnisse und Diversität 263

«Kauf dich glücklich.» Konsumwelten der Berliner Republik 271

10 Ein zwiespältiges Land. Deutsche Ambivalenzen 283

Die zufriedene Republik. Lebensstandard und Selbstwahrnehmung 283

Die verunsicherte Republik. «German Angst» 287

11 Fazit der Jahre 1990 bis 2020 297

12 Ausblick. Warten auf den Aufbruch 303

Dank 317

Abkürzungsverzeichnis 321

Anmerkungen 325

Quellen- und Literaturverzeichnis 353

Personenregister 375

«Wohlstand ... zu bewahren ist noch schwerer, als ihn zu erwerben.»

Ludwig Erhard, Was junge Leute wissen sollten, S. 599.

Vorwort

Es war keine leichte Entscheidung, sich auf dieses Thema einzulassen. Hatte ich doch schon im Grundstudium gelernt, dass mindestens 30 Jahre zwischen einer Epoche und ihrer historiographischen Aufarbeitung liegen sollten. Das wurde mit Archivsperrfristen, aber auch mit dem notwendigen Abstand des Autors zu den Geschehnissen begründet. Zu selbst erlebter Geschichte bestehe nicht genügend Distanz, um sie unvoreingenommen beurteilen zu können. Zu sehr sei man in die Entwicklungen verstrickt und zu wenig könne man vor lauter Erinnerung an das eigene Erleben analytische Schneisen in das Dickicht, in dem man gleichsam bis zur Halskrause steckt, schlagen. Schließlich sind viele der zu beschreibenden Entwicklungen der Berliner Republik noch nicht abgeschlossen. Wir kennen ihre Folgen noch nicht. Da Geschichte immer retrospektiv geschrieben wird, also ihre Ergebnisse berücksichtigt werden, besteht die Gefahr, dass künftige, heute noch nicht erkennbare Tatsachen das Bild der unmittelbaren Vergangenheit verändern können.

Diese Einwände sind nicht von der Hand zu weisen und haben mich zögern lassen. Ich habe tatsächlich den Großteil meines Berufslebens in der Berliner Republik verbracht. Geboren wurde ich etwas mehr als ein Jahr vor dem Mauerbau. Ich bin also ein Kind der Bonner Republik. Die Öffnung der Mauer fiel mit der Endphase meiner Promotion zusammen. Ein Jahr später war ich als Referent des Wissenschaftsrates, der die Akademie der Wissenschaften der DDR evaluierte, ihre Institute z. T. abwickelte oder in die westliche Forschungslandschaft überführte, mitten drin in der schwierigen Transformation Ostdeutschlands. Wenige Monate später entschied ich mich dafür, die wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen und richtete fortan mein Hauptaugenmerk auf andere, zumeist zeitlich weiter zurückliegende Zeiten. Mein Leben vollzog sich in einem für meinen Berufszweig typischen Nebeneinander von Vergangenheit und Gegenwart, wobei Letztere oft nur als leidlich informierter

Zeitungsleser und Zeitgenosse mit begrenzter Aufmerksamkeit für das schnell vorbeiziehende Tagesgeschehen wahrgenommen wurde.

Für ein gegenwartsnahes Projekt spricht die Aufgabe, Zeitgeschichte als die «Vorgeschichte gegenwärtiger Problemkonstellationen» zu schreiben.¹ Die Geschichtswissenschaft sollte zu aktuellen Herausforderungen nicht schweigen. Sie kann dazu beitragen, Debatten zu versachlichen. Hans Rothfels definierte 1953 Zeitgeschichte als «Epoche der Mitlebenden»² und dachte dabei an Weimar und den Nationalsozialismus, deren Aufarbeitung ja auch nicht erst mit einem Abstand von 30 Jahren begann. Gegenwartsnahe Geschichtsschreibung gehört zum Alltagsgeschäft der Forschung. Das Problem der Archivsperrfristen relativiert sich für die Berliner Republik, da Quellen außerhalb von Archiven in großer Zahl vorhanden sind, sodass sich meist eine bessere Quellenlage als für frühere Epochen ergibt.

Warum ließ ich mich auf das Abenteuer ein, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Berliner Republik zu schreiben? Primär geht es mir darum, einen Beitrag zur Problemgeschichte der Gegenwart zu leisten. Das Glück, Deutschland acht Jahre lang von außen beobachten zu können, hat mich zusätzlich motiviert. Meine Erfahrung in den USA, die vom Ende der Präsidentschaft Bush bis zum letzten Jahr der Amtszeit Obamas dauerte, hat eine Art Kontrastfolie entstehen lassen, die half, vieles klarer zu sehen und die bundesdeutsche Nabelschau hinter mir zu lassen. Auch nach meiner Rückkehr ging die Fähigkeit, Deutschland mit fremden Augen zu sehen, nicht verloren. In den USA habe ich den unbändigen Optimismus der Menschen schätzen gelernt und ihn nach meiner Rückkehr in die Bundesrepublik schmerzlich vermisst. In Deutschland ist die Stimmung meist schlechter als die Lage.

Diese Arbeit will ein ausgewogenes, fakten- und datenbasiertes Bild der 30 Jahre von der Vereinigung bis zur Corona-Krise zeichnen. Das scheint umso wichtiger, als die großen Themen dieser Zeit wie die Globalisierung und die Vereinigung in der Öffentlichkeit oft einseitig beurteilt werden. Das gilt umso mehr, da Vorurteile und verkürzte Sichtweisen in der Politik und den Medien weit verbreitet und wirkungsmächtig sind.

Ich habe mir vorgenommen, meine persönlichen Erfahrungen in den Hintergrund zu stellen und die Berliner Republik gleichsam wie eine fer-

ne Vergangenheit zu betrachten. Jedoch bin ich mir darüber im Klaren, dass man seiner eigenen Standortgebundenheit nicht entkommt. Mein Plan kann also nicht vollständig gelingen. Ich hoffe, dass er nicht gänzlich scheitert und hilft, zumindest die größten Fehler zu vermeiden.

Mein persönliches Interesse an dem Thema besteht darin, Rahmenbedingungen meines Lebens in der Berliner Republik in den letzten 30 Jahren besser zu verstehen und massenmedial vermittelte Fehlurteile zu korrigieren. Mein Sohn, Linus Berghoff, ist ein Kind der Berliner Republik. Vielleicht hilft ihm dieses Buch in späteren Jahren ein wenig, seinen eigenen Standpunkt in dieser Welt besser zu verstehen. Vorerst geht er aber noch davon aus, dass sein Vater die merkwürdige Angewohnheit hat, viele Stunden allein am Schreibtisch zu verbringen und dort «irgendwas mit Geschichte zu machen». Ihn beim Heranwachsen zu begleiten, ist nicht nur ein faszinierendes Abenteuer, sondern auch eine ständige Erinnerung daran, wie sehr sich unsere Lebenswelt seit den Jahren der Bonner Republik verändert hat. Ihm und meiner Frau Annette Tappe-Berghoff ist dieses Buch gewidmet.

Einleitung

Die «Zeitenwende» trat 2022 ganz plötzlich in das Bewusstsein der Öffentlichkeit, obwohl sie sich schon länger abgezeichnet hatte. Auslöser dieses Umschwunges war der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar. Drei Tage später kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Regierungserklärung an, die seit vielen Jahren stagnierenden Rüstungsausgaben kräftig zu erhöhen. «Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.»¹ Der Begriff verbreitete sich ebenso rasch wie das Empfinden, am Beginn einer neuen Epoche zu stehen.²

Die als Zeitenwende bezeichnete historische Zäsur hatte sich schon vor 2022 angekündigt. Ihre Vorboten und Indizien fanden aber nur wenig Beachtung. Es gab praktisch keine Kurskorrekturen. Das änderte sich erst seit 2022, wenngleich zunächst nur mit quälender Langsamkeit. 2023 beklagte man noch zurecht die «Zeitlupenwende».³ Trotzdem waren die Weichen in Richtung einer neuen Außen- und Verteidigungspolitik gestellt.

Die mit der Zeitenwende verbundene Disruption hatte drei schon länger gärende, aber ab 2022 voll durchschlagende weltpolitische Ursachen. Erstens zerplatzte die besonders in Deutschland gerne gepflegte Illusion vom «Ende der Geschichte».⁴ Ihre verlockende Kernbotschaft lautete, dass mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion Demokratie und Marktwirtschaft endgültig gesiegt hätten. Ein Zeitalter der Abrüstung breche an, das eine hohe und dauerhafte Friedensdividende ausschütten werde. Es kam aber ganz anders. Der Ost-West-Konflikt flammte wieder auf, was aufmerksamen Zuhörern schon 2007 auffiel, als Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz den weltpolitischen Machtanspruch Russlands offen aussprach. Der sprunghaft steigende Verteidigungsetat Russlands, die militärischen Aggressionen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Kaukasus und die 2014 voll-

zogene Annexion der Krim hätten im Rückblick längst die Alarmglocken läuten lassen müssen. Zugleich war offensichtlich, dass global betrachtet keineswegs liberale Demokratien, sondern Autokratien auf dem Vormarsch waren. Auch rechtspopulistische Bewegungen gewannen in Europa und weltweit an Einfluss, was Demokratien gleich an mehreren Fronten in die Defensive brachte.

Obwohl die aggressive Ausrichtung Russlands spätestens seit 2014 offenkundig war, hatte die Bundesregierung keinerlei Bedenken, mehr als die Hälfte der deutschen Gasversorgung Russland anzuvertrauen und mit der ab 2018 gebauten, aber dann doch nicht in Betrieb genommenen Ostseepipeline North-Stream 2 diese Abhängigkeit sogar noch deutlich zu erhöhen. Der Anteil von russischem Gas am deutschen Verbrauch lag zwischen 2014 und 2021 stets über 50 %, 2017 sogar bei knapp 71 % und 2020 bei 60 %.⁵ Russisches Gas stand schier unbegrenzt und zu attraktiven Preisen zur Verfügung und war somit ein zentraler Faktor für den Erfolg der deutschen Wirtschaft.

Zweitens kündigten sich das Ende der ökonomischen und weltpolitischen Dominanz der USA und ihre Abwendung von Europa an. Der Aufstieg der neuen ökonomischen und militärischen Supermacht China veränderte die globale Machtbalance. Die Schwäche der USA, ihre exorbitante Verschuldung, ihre innenpolitischen Blockaden, sozialen Krisen sowie die Verlockung von Nationalismus und Isolationismus «hinderten den <amerikanischen Patienten> schon seit Längerem daran, seine Weltordnungsfunktion wahrzunehmen, also globale öffentliche Güter wie Sicherheit, freien Handel, funktionierende Finanzmärkte und eine stabile Leitwährung bereitzustellen».⁶

Insbesondere der Irrglaube, sich dauerhaft auf den militärischen Schutz der USA verlassen zu können, geriet ins Wanken. Zugleich dämmerte den Europäern die unangenehme Erkenntnis, dass sie gar nicht in der Lage sind, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Dies führte 2014 auf dem Nato-Gipfel dazu, dass alle Mitgliedstaaten versprachen, in den nächsten zehn Jahren ihre Verteidigungsausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu erhöhen. Man glaubte, viel Zeit zu haben. Die Bundesrepublik lag 2014 bei 1,1 % und erreichte 2020 gerade einmal 1,4 %. Erst 2022 kam es zu einem sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel. Die Bundesrepublik schuf nun ein kreditfinanziertes «Sonder-

vermögen» von 100 Mrd. EUR für die Verteidigung und erreichte mit dessen Hilfe 2024 erstmals seit 1990 knapp mehr als 2 % des BIP.⁷ Das Jahr 2025 markierte mit dem Aussetzen der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben, die fortan theoretisch unbegrenzt erhöht werden können, eine weitere deutliche Zäsur in der Bundesrepublik.

Drittens zeigten sich immer mehr Risse im einst so stabilen Gebäude des Washington-Konsenses, der über Jahrzehnte unter der Vorherrschaft der USA als treibende Kraft der Globalisierung wirkte. Seine zentralen Elemente waren die Deregulierung der Märkte, der weltweite Freihandel sowie der Abbau staatlicher Subventionen und Handelsbarrieren. Während die multilaterale Welthandelsrunde von Uruguay (1986–1994) noch substantielle Liberalisierungsfortschritte brachte, scheiterte die 2001 begonnene und mehrfach unterbrochene Nachfolgerunde von Doha im Jahr 2017. Auch die 2013 begonnenen Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA scheiterten 2016. Die zuvor dynamische Zunahme des «trade openness index» – also des Anteils von Importen und Exporten am globalen BIP –, die den Zeitraum von 1970 bis 2009 prägte, kam mit der Finanzkrise von 2008/09 abrupt zum Stillstand. Stattdessen gab es bis 2019 erstmals einen mehrjährigen, leichten Rückgang, bevor die Covid-Pandemie einen weiteren Tiefpunkt markierte. Erst 2022 lag der Index hauchdünn über dem Stand von 2008.⁸ Das Momentum war jedoch verloren.

Spätestens 2016, mit der ersten Wahl Donald Trumps und der Brexit-Abstimmung, setzte sich eine explizite Präferenz für den Weg in die handelspolitische Abschottung durch. Die gestörten Lieferketten während der Covid-Pandemie veranschaulichten danach die Verwundbarkeit der Weltwirtschaft infolge der globalen Verflechtung. Die einseitige Abhängigkeit Deutschlands von Erdgaslieferungen des russischen Gegners verschärfte den Schock. Diese Erfahrungen schwächten das Freihandelsparadigma und rückten das Denken in Kategorien der Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt.⁹ Dass die USA ihre seit 1945 wahrgenommene Rolle als Speerspitze einer liberalen, regelgebundenen Welthandelsordnung endgültig aufgeben und durch ein protektionistisches, an merkantilistischen Grundsätzen ausgerichtetes System von Hochzöllen und nationalen Egoismen ersetzen könnte, erscheint aktuell nicht mehr unrealistisch.

Der phänomenale Erfolg der deutschen Exportwirtschaft basierte bislang auf dem Abbau von Handelshemmnissen, der sich aber in den 2010er Jahren bereits verlangsamte und partiell umkehrte. Die wichtigsten Abnehmer deutscher Exporte waren 2020 die USA und China. Während die USA mit dem protektionistischen Feuer zu spielen begannen, beschritt China den Weg der Importsubstitution. Nach vielen Jahren steigender deutscher Ausfuhren nach China kam es 2023 erstmals zu einem Rückgang.¹⁰

Die Prosperität der frühen Berliner Republik beruhte wesentlich auf drei Säulen. Erstens hatte sie ihre militärische Sicherheit, gleichsam als Trittbrettfahrer, weitgehend an die USA ausgelagert. Zweitens versorgte sie sich mit billiger Energie in Russland. Und drittens erlaubte ihr die schier unbegrenzte Aufnahmefähigkeit der chinesischen Märkte einen einmaligen Exportboom.¹¹ Alle drei dieser wichtigen Säulen der deutschen Wirtschaftskraft wurden mit der Zeitenwende hinfällig. Die Bundesrepublik muss sich daher künftig auf fundamental veränderte Rahmenbedingungen einstellen und tiefe Umbrüche bewältigen. Sichtbar werden wird deren ganzes Ausmaß erst in der zweiten Hälfte der 2020er Jahre. Die mit Ausnahme der Jahre 2002 und 2003 historisch einmalige Abfolge von zwei Rezessionsjahren, 2023 und 2024, mag ein Vorbote einer neuen, wachstumsschwachen Epoche sein.

Der 2022 ausgerufenen Zeitenwende ging die Covid-19-Pandemie voraus, die ebenfalls einen disruptiven Charakter besaß. Massenquarantänemaßnahmen veränderten den Alltag der Menschen einschneidend und lösten die schlimmste Wirtschaftskrise seit 1945 aus. Der «Great Lock-down» lenkte einerseits von den Problemen ab, die der Zeitenwende zugrunde lagen, veränderte aber auch das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern, deren Freiheit er rigoros einschränkte. Obwohl die Bundesregierung mit gigantischen Ausgabenprogrammen die Wirtschaft stabilisierte und eine Massenarbeitslosigkeit verhinderte, erstarkte in dieser Phase der Rechtspopulismus. Auch traten sichtbare wirtschaftliche Konsequenzen zutage. Der seit neun Jahren voranschreitende Abbau der Staatsschulden fand ein jähes Ende. Die Staatsquote sprang 2020 vorübergehend mit 51,1 % auf den höchsten Wert seit 1995 und verblieb danach deutlich über dem langjährigen Durchschnitt.¹²

Dieses Buch klammert in seinem Hauptteil die Sondersituation der Pandemie ebenso wie die Zeitenwende aus. Es versteht sich als historische Abhandlung, die trotz der relativen Nähe zur Gegenwart ein Mindestmaß an zeitlicher Distanz zu ihrem Gegenstand bewahren möchte. Die Jahre von 2020 bis 2025 werden in einem Ausblick zumindest gestreift, bilden aber nicht den Kern der Untersuchung. Sie konzentriert sich auf den Zeitraum von der Vereinigung im Jahr 1990 bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie, also bis zum Jahreswechsel 2019/20. Sie versteht sich als eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der Berliner Republik vor der Zeitenwende der 2020er Jahre. Die politischen, sozialen und ökonomischen Parameter dieser 30 Jahre unterscheiden sich von denen der vorausgehenden und der folgenden Zeit. Es handelt sich somit um eine klar abgrenzbare Periode – die frühe Berliner Republik.

Diese Epoche erlebte eine rasche Abfolge tiefgreifender und langfristig wirksamer Umbrüche. Dazu zählten mit der Implosion des Ostblocks ein welthistorischer Einschnitt, in dessen Gefolge die Vereinigung von DDR und Bundesrepublik möglich wurde und sich ein Klima außenpolitischer Entspannung entfaltete. Auf das Ende der Blockkonfrontation folgte die Transformation der osteuropäischen Volkswirtschaften und parallel dazu die Vollendung des europäischen Binnenmarktes.

Daneben gab es länger laufende Trends mit ebenfalls hoher Veränderungsdynamik und großer Prägekraft für die Zukunft. Die digitale Revolution verwandelte die Arbeits- und Lebenswelten. Die Globalisierung erreichte eine bis dahin beispiellose Beschleunigung. Die Verzahnung Deutschlands mit der Weltwirtschaft intensivierte sich in starkem Maße und wurde so eng wie nie zuvor.¹³ Ein Treiber der Entwicklung war der kometenhafte Aufstieg Chinas zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt und zum wichtigsten Exporteur von Industrieprodukten. Auch Indien und viele kleinere «emerging economies» öffneten sich gegenüber dem Weltmarkt und wurden zu Partnern bzw. Konkurrenten der deutschen Wirtschaft. Die Mobilität von Kapital, Waren und Dienstleistungen nahm erheblich zu.¹⁴ Parallel dazu sanken die Transportkosten durch den Siegeszug von Containern, Luftfracht und Satelliten.

Zwei Währungsreformen veränderten die Rahmenbedingungen der deutschen Wirtschaft. Der Euro schuf eine neue europäische Währungs-

ordnung. Das europäische Projekt ging mit diversen Deregulierungsoffensiven einher. Der Finanzsektor wuchs wesentlich schneller als die Volkswirtschaft als Ganzes. Die Finanzialisierung und Internationalisierung der Unternehmen veränderten ihre Struktur und Führung. Sie unterlagen einem nie zuvor gekannten Profitabilitätsdruck, mit dem die Unsicherheit auf allen Ebenen zunahm.¹⁵ Die schon länger laufenden Strukturkrisen alter Industrien liefen weiter und nahmen regional krisenhafte Züge an. Die Stahlkrise setzte sich fort. 2018 wurde die letzte Zeche des Ruhrgebiets geschlossen. Neben diesen Herausforderungen war die Mammutaufgabe der Transformation der Planwirtschaft der ehemaligen DDR zu bewältigen.¹⁶

Die sozialen und lebensweltlichen Auswirkungen der mannigfaltigen Umbrüche wurden von Verlusterfahrungen und Ängsten, aber auch von Aufbrüchen und neuen Chancen begleitet. Die Anzahl der armen und armutsgefährdeten Menschen nahm zu. Durch offene und verdeckte Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs und Überschuldung machte eine wachsende Minderheit Erfahrungen relativer und absoluter Deprivation, während die große Mehrheit spürbar von einem höheren Lebensstandard profitierte. In diesem Klima gewannen mit der AfD und der Linken an den Rändern des politischen Spektrums zwei Parteien an Zuspruch, die das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ablehnen und Schutz vor globalen Märkten bzw. Immigration forderten, mithin Offenheit durch Abschließung ersetzen wollten. Auch jenseits des linken und rechten Spektrums waren Vorbehalte und Ängste weit verbreitet, selbst als es konjunkturell bergauf ging und die Arbeitslosenzahlen sanken.

Die Urteile über die Folgen dieser gewaltigen Veränderungsdynamik schwanken zwischen Extremen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier lobte Anfang 2019 das Land (und sich selbst): «Die deutsche Wirtschaft befindet sich auch in diesem Jahr auf Wachstumskurs, und damit das zehnte Jahr in Folge. Die wirtschaftlichen Erfolge der vergangenen Jahre stehen in der Kontinuität der siebenjährigen Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft. (...) Längst ist <Wohlstand für alle> keine Utopie ... mehr (...). Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort (...) und die Nettolöhne (...) werden weiter steigen.»¹⁷ Dagegen standen äußerst negative Urteile, die auf ein großes Echo stießen. Der Journalist Gabor Steingart beschwor bereits 2004 den «Abstieg des Superstars Deutsch-

land» als Prozess einer «Kernschmelze». «Der Riese stapft unvermindert nach unten.»¹⁸ 2020 erneuerte er seine Untergangsfantasien mit immer drastischeren Bildern: «Orientierungslos treibt Europas größte Volkswirtschaft auf dem Weltmeer wie ein Schiff, dessen Anker sich im Sturm losgerissen hat.»¹⁹ Im selben Jahr stellte die United Nations Industrial Development Organization jedoch fest, dass Deutschland das Land mit der höchsten industriellen Wettbewerbsfähigkeit der Welt sei.²⁰

Der massenwirksamste Untergangsapostel war der damalige Vorstand der Bundesbank Thilo Sarrazin. Sein 2010 veröffentlichtes Buch «Deutschland schafft sich ab» traf den Nerv der verunsicherten Republik. Dieses Niedergangsepos wurde zu einem der meistverkauften Sachbücher seit 1945 und führte 21 Wochen lang die Spiegel-Bestsellerliste an. Sarrazin entwarf ein dystopisches Horrorszenario. Die Kombination von massenhafter Verdummung, Geburtenrückgang der Deutschen und dem «Wachstum einer weitgehend funktions- und arbeitslosen Unterschicht» sowie einer unkontrollierten Zuwanderung bildungsferner, integrationsunwilliger und sich rasch vermehrender («Eroberung durch Fertilität») Migranten, die sich zudem noch durch minderwertige Gene auszeichneten, zerstöre die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Das Land steuere auf ein dauerhaftes Nullwachstum zu, auf ein verfallendes Humankapital und eine kulturelle Überfremdung.²¹

Auch in der akademischen Welt gab es zutiefst pessimistische Töne. Der Historiker Arnulf Baring meinte schon 1997 «das Beben des Bodens» zu spüren, das die Zukunft des Wirtschaftsstandortes und der Berliner Demokratie gefährde.²² Er diagnostizierte eine nachlassende Innovations- und Wirtschaftskraft, einen schrumpfenden Mittelstand, steigende Arbeitslosigkeit, eine vergreisende Gesellschaft, einen dahinsiechenden Sozialstaat und eine hoffnungslose Verschuldung der öffentlichen Kassen.²³ Während ausländische Beobachter um die Jahrhundertwende in Deutschland den «kranken Mann Europas» sahen,²⁴ sprachen sie zehn Jahre später ähnlich übertrieben vom «economic superstar».²⁵ In Deutschland wurde die Standortdebatte hingegen meist mit einem pessimistischen Grundton geführt.²⁶

Es ist bemerkenswert, dass am linken und rechten Rand des politischen Spektrums bewusst Untergangsnarrative gepflegt werden, deren Zweck die Delegitimierung von Demokratie und Marktwirtschaft ist.

Diese Erzählungen funktionieren nur auf der Basis einer durch und durch negativen Lesart der neuesten Geschichte. Ein Zweck dieses Buches ist es, den Verfallsnarrativen eine ausgewogenere, faktenbasierte Analyse entgegenzustellen. Um es gleich vorwegzunehmen: Das Bild eines voranschreitenden Verfalls ist irreführend. Gleichwohl gab es neben vielen positiven Entwicklungen auch erhebliche Rückschläge und Probleme, die ebenfalls Gegenstand dieser Studie sind.

Eine nüchterne Bestandsaufnahme der sozioökonomischen Entwicklung der frühen Berliner Republik ist eine große Herausforderung, da es bislang keine wirtschafts- und sozialhistorischen Gesamtdarstellungen gibt, auch wenn die jüngste Zeitgeschichte seit 1990 langsam in das Visier der historischen Forschung rückt. Mittlerweile sind erste Gesamtdarstellungen der deutschen Geschichte seit der Vereinigung,²⁷ diverse Sammelbände²⁸ und Gesamtdarstellungen der bundesdeutschen Geschichte über 1990 hinaus²⁹ erschienen, die aber die Wirtschafts- und Sozialgeschichte meist nur streifen. Es gibt nur einige wenige Werke,³⁰ die der Wirtschaft nach 1990 größere Aufmerksamkeit schenken. Neuere Gesamtdarstellungen des Kapitalismus,³¹ die bis in das frühe 21. Jahrhundert hineinreichen, nehmen nicht speziell auf die Bundesrepublik Bezug. Eine gegenwartsnahe Geschichte Europas³² behandelt dagegen die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik bis 2010 zumindest in ihren Grundzügen. Dasselbe gilt für eine global angelegte «Geschichte der Gegenwart».³³

Die Leitfrage dieser Studie lautet: Wie reagierten Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auf die großen Herausforderungen? Welche Erfolge und Misserfolge sind zu verzeichnen? Wie war das Verhältnis von Diskontinuitäten und Kontinuitäten? Kam es zu einem Bruch mit Konstanten des bundesdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, das auch «koordinierter» oder «rheinischer Kapitalismus» genannt wird? Dieses System ist durch die Eindämmung des Konkurrenzprinzips durch die Zusammenarbeit mit Verbänden, Gewerkschaften und vor allem durch sozialstaatliche Interventionen charakterisiert.³⁴ Vielfach wird behauptet, dass es ab den 1980er Jahren zur Auflösung der «Deutschland AG» gekommen und danach eine Angleichung an den angelsächsischen Kapitalismus eingetreten sei.³⁵ Wie schnitt die Wirtschaft der frühen Berliner Republik im Vergleich mit anderen Ländern und mit

früheren Phasen der deutschen Geschichte ab? Wie veränderten sich die sozialen Strukturen und die Lebens- und Arbeitswelten? Auch ist das Konzept der «Kotransformation» zu überprüfen, nach dem die neoliberal inspirierten Reformen in Ostdeutschland und in den osteuropäischen Transformationsökonomien Reformen in Westdeutschland ausgelöst haben sollen.³⁶ Wie ist schließlich das Nebeneinander von Prosperität und Verunsicherung zu erklären?

Das erste Kapitel blickt aus einer Makroperspektive auf Wachstum, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Konjunkturverlauf. Das zweite Kapitel analysiert retardierende Faktoren wie die notorische Investitionsschwäche und das abnehmende Wachstum der Produktivität. Das dritte Kapitel ist den Neuen Bundesländern gewidmet und thematisiert neben deren desolaten Ausgangslage und der schockartigen Deindustrialisierung auch ihre schrittweise Reindustrialisierung sowie die Fehler und Skandale der Transformation.³⁷

Das vierte Kapitel behandelt die zwei großen, potentiell systemsprengenden Verwerfungen der Finanz- und Eurokrise. Dabei werden ihre Ursachen, Verläufe sowie die Mittel und Folgen ihrer Überwindung besprochen. Das fünfte Kapitel untersucht fundamentale strukturelle und technologische Umbrüche. Zunächst sind die Konturen des technologischen Wandels nachzuzeichnen, vor allem der Digitalisierung und der flächendeckenden Verbreitung des Internets. Die Beschleunigung, Verrbilligung und Entgrenzung der Kommunikation veränderten nicht nur das Koordinatensystem der Wirtschaft, sondern ließen keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens unberührt. Danach werden die Verschiebungen zugunsten des Dienstleistungssektors, aber auch die Beharrungskraft der deutschen Industrie behandelt. Schließlich sind die Reaktionen auf den Klimawandel aufzuzeigen, von der Verbreitung nachhaltiger Energiequellen und ressourcenschonender Technologien bis zu umweltpolitischen Regularien.

Das sechste Kapitel richtet den Fokus auf die Unternehmen als die zentralen Bausteine moderner Gesellschaften. Auch sie durchliefen tiefgreifende Transformationsprozesse. Zwischen 1990 und 2020 veränderten sich im Kräftefeld von Globalisierung, Internationalisierung und Finanzialisierung ihre Architektur ebenso wie die Grundsätze ihrer Führung.³⁸ Das betraf vor allem die Großunternehmen, aber auch den

Mittelstand, in dem zugleich auch starke Beharrungskräfte wirkten.³⁹ Zudem wird die in diesem Zeitraum verstärkt aufgedeckte Wirtschaftskriminalität beleuchtet. Der für die Deutschland AG zentrale Bankensektor wird im folgenden Teilkapitel behandelt. Er durchlief nicht nur eine existenzielle Krise, sondern auch eine grundsätzliche Neuausrichtung. Im internationalen Wettbewerb fiel er zurück. Gleichzeitig löste sich die traditionelle enge Verflechtung mit der Industrie. Schließlich wird nach den Ursachen und Konsequenzen der Privatisierung öffentlicher Unternehmen gefragt.

Im Anschluss richtet sich der Blick im siebten Kapitel auf zwei soziale Spannungsfelder, zunächst die Veränderung der Arbeitsbeziehungen und die Entstehung eines Niedriglohnssektors. Eng damit verbunden war die sich verschärfende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen. Das achte Kapitel behandelt die Herausforderungen des Staates. Zunächst werden die finanzpolitischen Rahmenbedingungen seines Handelns dargestellt. Er hatte zum einen die Mammutaufgabe der Finanzierung der deutschen Einheit zu bewältigen, profitierte zum anderen aber von der «Friedensdividende». Die Sozialpolitik bewegte sich zwischen Expansion und Konsolidierung. Abschließend werden die Sackgassen und Fehlentwicklungen der Sozial-, Wirtschafts- und Strukturpolitik skizziert. In allen Teilkapiteln ist nach den Spielräumen und Dysfunktionalitäten staatlichen Handelns zu fragen.

Das neunte Kapitel analysiert grundlegende Dimensionen des sozialen Wandels als Beschleuniger von kulturellen Irritationen und politischen Kontroversen. Dazu zählen besonders der vielfach als krisenhaft wahrgenommene demographische Wandel und der schwierige Weg der Bundesrepublik zu einem Einwanderungsland. Auch die Grundtendenzen der Diversitäts- und Konsumgeschichte boten Anlass zu Unverständnis und gar Ablehnung, waren aber auch als Zugewinn von Freiheit lesbar. Im zehnten Kapitel sind die Ambivalenzen der frühen Berliner Republik herauszuarbeiten. Während der Lebensstandard und die Lebenszufriedenheit spürbar stiegen,⁴⁰ war die Bundesrepublik ein verunsichertes Land, das seine eigene Geschichte als eine Abfolge von Krisen und Bedrohungen wahrnahm und seine Erfolge eher geringschätzte. Der in den 2010er Jahren stark an Bedeutung gewinnende antilibérale Populismus speiste sich nur teilweise aus real erfahrener relativer De-

privation. Entscheidender waren die Ängste materiell abgesicherter Bevölkerungskreise. Das Buch möchte erklären, warum so viele Menschen an einen drohenden Untergang Deutschlands glaubten, an eine heraufziehende ökonomische und demographische Katastrophe sowie an eine Überfremdung durch ausländisches Kapital («Heuschrecken») und Migranten. Vor allem sollen diese und andere Pauschalurteile durch eine faktenbasierte Analyse hinterfragt werden.

An das Fazit zur Geschichte des Kernuntersuchungszeitraumes von 1990 bis 2020 schließt sich ein Ausblick auf die Jahre bis 2025 an, in denen viele Stärken Deutschlands fortwirkten, aber auch notwendige Reformschritte unterblieben, obwohl die veränderten Rahmenbedingungen einen entschiedenen Aufbruch verlangt hätten.

Wachstum und Konjunktur. Allgemeine Trends

Ein flüchtiger Blick auf die Statistiken könnte die Befürchtung bestätigen, dass sich die frühe Berliner Republik tatsächlich auf dem Weg in eine Stagnationsstarre befand, blieb doch das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) weit hinter den Werten der Bonner Republik zurück. Deren Zehnjahresdurchschnitte lagen bis 1970 bei 8,2 und 4,4 %, was den einmaligen Sonderbedingungen des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg geschuldet war. Danach trat ein merklicher Rückgang ein, eine Art Normalisierung, aber selbst in den krisengeschüttelten 1970er Jahren betrug das durchschnittliche Wachstum noch 2,9 %. Zwischen 1980 und 1991 erreichte es 2,6 %.

Es fand ein für reife Volkswirtschaften typischer Prozess der Wachstumsabflachung statt, der sich in den ersten beiden Jahrzehnten der Berliner Republik mit 1,4 und 1,1 % nahtlos fortsetzte. Manche Ökonomen halten das für einen unvermeidbaren Trend aller fortgeschrittenen Volkswirtschaften.¹ Allerdings kam es im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts als Novum der bundesdeutschen Geschichte zu keinem weiteren Rückgang des Wachstums, sondern zu einem leichten Anstieg auf 1,2 % (2011–2020). Zudem waren die Werte seit dem Jahr 2000 durch die exogenen Schocks der Finanzkrise und der Corona-Pandemie stark gedrückt. Ohne diese Sondereinflüsse wäre der Trend sinkender Wachstumsraten sogar schon früher umgekehrt worden. Ohne das «Seuchengjahr» 2020 ergäbe sich für 2011–2019 ein Wert von 1,7 %. Das wäre für eine reife Industrienation mit einer alternden Bevölkerung überaus bemerkenswert gewesen. Auch die im ganzen Jahrzehnt (2011–2020) erreichten 1,2 % sind nicht gering zu schätzen, zumal 2021 das Wachstum mit dem Fortschritt der Impfkampagne und der Aufhebung von Restriktionen sofort hochschnellte. Trotz anhaltender Pandemie verzeichnete

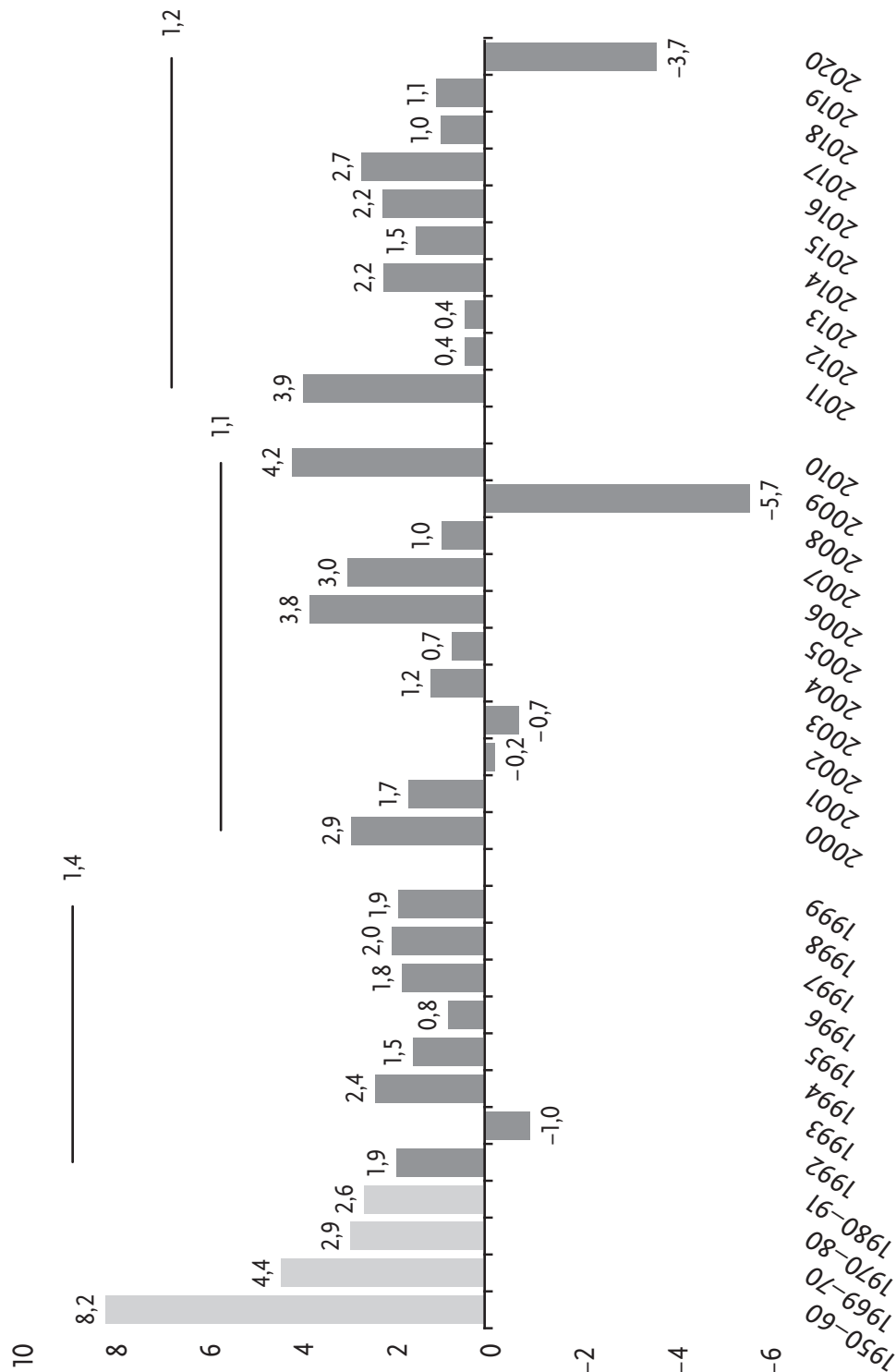
man 2021 ein Wachstum von 3,7 % und 2022 trotz Energiekrise und Inflation noch 1,4 %. Die deutsche Volkswirtschaft stellte mit ihrer Erholungsfähigkeit nach Krisen eine starke Resilienz unter Beweis.²

Es gab in unserem Zeitraum nur drei Jahre mit einem deutlichen Negativwachstum, auf die jedes Mal eine starke Gegenbewegung folgte. Die milden Rückgänge der Jahre 2002 und 2003, als die Auswirkungen des Platzens der Internet-Blase mit dem zyklischen Abschwung der Konjunktur zusammentrafen, fielen gesamtwirtschaftlich kaum ins Gewicht, auch wenn viele Anleger hohe Summen verloren. Betrachtet man die Jahre 2010 bis 2019, so handelte es sich um die längste ununterbrochene Wachstumsperiode der bundesdeutschen Geschichte, abgesehen vom Sonderfall der Rekonstruktionsphase des «Wirtschaftswunders» der Jahre 1949 bis 1966.

Der Konjunkturverlauf vollzog sich im Wesentlichen im Einklang mit den anderen hochentwickelten Volkswirtschaften. 1991 und 1992 lag das Wachstum deutlich über deren Durchschnitt, um dann 1993 verspätet eine Vereinigungskrise genannte Rezession zu durchlaufen und mit minus 1 % einen Ausreißer nach unten zu erleben. Erst 16 Jahre später rissen die Auswirkungen der globalen Finanzkrise das deutsche BIP um 5,7 % nach unten, bevor eine mit zehn Jahren ungewöhnlich lange Wachstumsperiode ohne jeden Rückschlag einsetzte, die 2020 durch die Corona-Krise beendet wurde, die ein negatives Wachstum von 3,7 % verursachte. Diese zwei sehr tiefen Einbrüche stellten ein Novum der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte dar. Abgesehen vom Ende des Zweiten Weltkrieges muss man bis zur Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932 zurückgehen, um ein ähnliches bzw. höheres Negativwachstum zu finden.

Trotz der Heftigkeit der Rezessionen von 2009 und 2020 kam es anders als in der späten Weimarer Republik nicht zu mehrjährigen Wirtschaftskrisen und einer politischen Destabilisierung. Die Arbeitslosigkeit stieg in Deutschland nur unwesentlich an. Im jeweiligen Folgejahr stellte sich schon wieder ein kräftiges Wachstum ein. Es scheint, dass die nationalen und internationalen Akteure die Lektionen der Weltwirtschaftskrise gelernt hatten und das exakte Gegenteil der damaligen Deflationspolitik verfolgten. Sie fluteten die Märkte mit Liquidität und legten gigantische Hilfsprogramme auf. Zumindest kurzfristig stellten sich

Grafik 1: Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland. Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %, 1950–2020



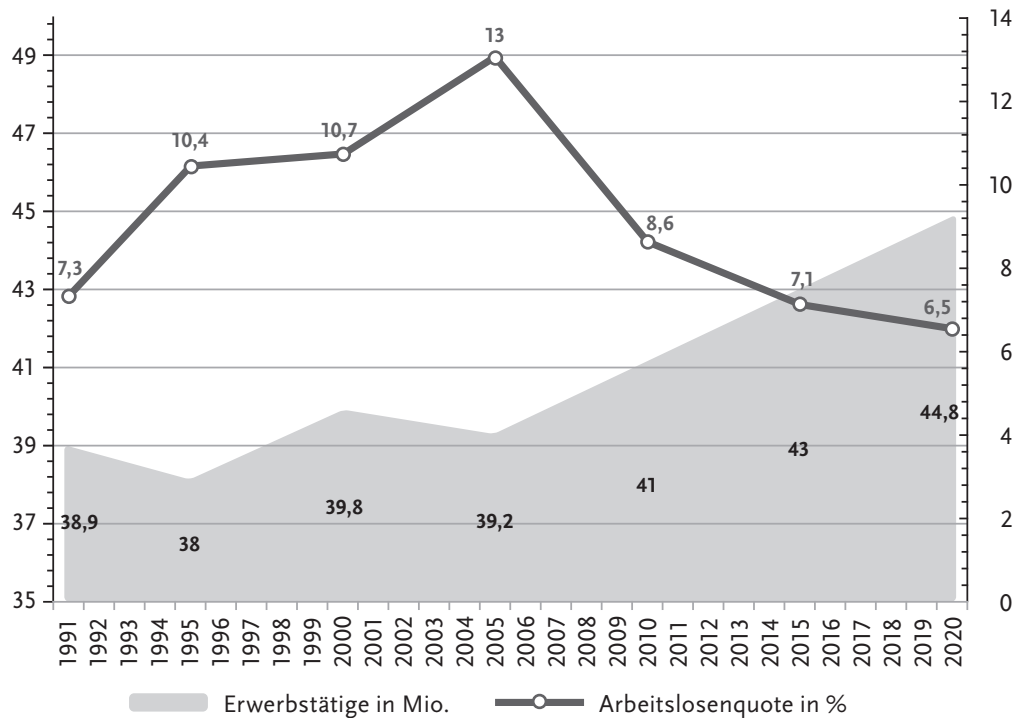
Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/139785/materialien-zum-kapitel-wirtschaftsordnung?show=image&k=0>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2112/umfrage/veraenderung-des-bruttoinlandsprodukts-im-vergleich-zum-vorjahr/> (Stand Januar 2023). (Zugriff jeweils 17.01.2023).

Erfolge ein. Aber schon ab 2010 gerieten die schwächeren EU-Mitgliedsländer in eine gravierende Schuldenfalle.

Spielten 1929 die Strukturkrise der Landwirtschaft, der Rückfall in einen allgemeinen Protektionismus und das Kriegsfolgenproblem der internationalen Verschuldung neben anderen Faktoren eine bedeutsame Rolle, handelte es sich 2008 im Kern um eine von den USA ausgehende Spekulationskrise, die durch hohe Liquidität, niedrige Zinsen und die Illusion ständig steigender Immobilienpreise angeheizt wurde. Neuartige, bis zur völligen Unübersichtlichkeit verschachtelte Wertpapiere, die schlechte Hypothekenkredite besicherten, und nur bei weiter haussierenden Immobilienmärkten werthaltig waren, funktionierten erstaunlich lange, bis die Immobilienpreise fielen und das Kartenhaus krachend einstürzte. Angesichts der globalen Integration der Finanzmärkte breiteten sich die Auswirkungen weltweit wie eine Springflut aus und brachten das Finanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs. Das globale BIP sank zum ersten Mal seit 1945.³ Die Bundesrepublik erlebte mit minus 5,7 % die schwerste Rezession ihrer Geschichte.

2020 kam es mit dem Ausbruch des Covid-19-Virus zwar nicht zur ersten Pandemie seit der «Spanischen Grippe» von 1918 bis 1920, wohl aber zu der ersten Pandemie, die eine globale Wirtschaftskrise auslöste. Behördliche Maßnahmen zur Einschränkung der Mobilität und sozialer Kontakte führten zu einem scharfen Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten vor allem in kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen, aber auch in der Industrie. Das globale BIP sank zum zweiten Mal nach 1945 und zwar mit minus 3,1 % deutlich stärker als 2009. Die Bundesrepublik verzeichnete ein Minus von 3,7 %, was nahezu dem Wert aller entwickelten Volkswirtschaften (–3,3 %) entsprach.⁴

Nimmt man die Arbeitslosenquoten als Gradmesser der wirtschaftlichen Lage, markiert das Jahr 2005 eine klare Zäsur: Bundesweit erreichte die Quote 13 Prozent, in Ostdeutschland einschließlich Berlin sogar 20,6 Prozent. Insgesamt waren damit fast 4,9 Millionen Menschen ohne Arbeit. Diese deprimierende Zahl wäre noch deutlich höher gewesen, wenn man die 1,2 Mio. Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie die 300.000 als «stille Reserve» bezeichneten nicht registrierten Arbeitslosen hinzuzählen würde, die beide aus der Arbeitslosenstatistik herausfielen.⁵

Grafik 2: Arbeitslosenquote und Erwerbstätige in Millionen, 1991–2020

Quelle: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrarbo03ga.html>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3267/umfrage/anzahl-der-erwerbstaetigen-in-deutschland-seit-dem-jahr-1991/> (Zugriff jeweils 25.07.2025).

Vorausgegangen war ein explosionsartiger Anstieg der Arbeitslosenquoten in den Neuen Bundesländern, nämlich von offiziell 0 % (1989) auf 20,6 % (2005). In Westdeutschland stieg die Arbeitslosenquote ebenfalls erheblich, aber weniger steil, nämlich recht stetig von 7,9 (1989) auf 11,0 % (2005). Dort war man mit der Massenarbeitslosigkeit bereits vertraut. 1985 hatte man mit einer Arbeitslosenquote von 9,3 % den höchsten Wert seit 1952 hinnehmen müssen. Vollbeschäftigung schien unerreichbar geworden zu sein.

In der ehemaligen DDR besaß so gut wie niemand Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit. Die beispiellos schnelle Deindustrialisierung führte zu einer tiefen Verunsicherung der Menschen, denen der Boden gleichsam unter den Füßen weggezogen wurde. Daran änderten selbst massive sozialstaatliche Interventionen von «Kurzarbeit null» bis zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur wenig. Bis 1997 verdoppelte sich die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland einschließlich Berlins nahezu von 10,2 (1991)

auf 19,1 %. Danach bildete sich ein relativ hohes Plateau mit Werten zwischen 18,5 und 20,6 % heraus.

Nach dieser langen Stagnation setzte ein spektakulärer Rückgang der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ein. 2019 lag sie nur noch bei 7,1 % und somit leicht über einem Drittel des zuvor gemessenen Höchstwertes von 2005. In dieser dritten Phase glichen sich auch die Arbeitslosenquoten von Ost und West an, ohne dass sich die Schere völlig schloss. 2019 und 2020 lag die Quote im Osten jeweils rund zwei Prozentpunkte über der des früheren Bundesgebiets.

2005 begann, was internationale Beobachter bald «Germany's Jobs Miracle» nannten.⁶ In dessen Verlauf sank die absolute Zahl der gesamtdeutschen Arbeitslosen von 4,9 auf 2,3 Mio. um mehr als die Hälfte, bevor sie 2020 pandemiebedingt auf 2,7 Mio. stieg. Ab 2005 gelang entgegen der Erwartung die Umkehr des seit 1970 laufenden Trends steigender Arbeitslosenquoten. Zugleich stieg die zwischen 1991 und 2005 im Wesentlichen konstante Zahl der Erwerbstätigen von 39,3 (2005) auf 44,9 Mio. (2020) an. 5,6 Millionen Menschen traten also zusätzlich in den Arbeitsmarkt ein, was einem Zuwachs von 14,2 % entsprach. Aufgrund der zunehmenden Zahl der Teilzeitarbeitenden stieg die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in diesem Zeitraum jedoch nur von 56,3 auf 59,1 Mio., also um lediglich 5 %. Die Erwerbstätigenquote der 15- bis 65-jährigen Personen stieg zwischen 1997 und 2019 von 63,7 % auf das Rekordniveau von 76,7 %.⁷ Es ist nicht übertrieben, von einer historischen Zäsur zu sprechen.

Wie ist dieses «Beschäftigungswunder» zu erklären? Die Koinzidenz mit den Arbeitsmarktreformen (Agenda 2010), die ab 2005 griffen, legt eine direkte Kausalität nahe. In der Tat gab es nun starke Anreize für einen schnellen Wiedereintritt von Arbeitslosen in Beschäftigungsverhältnisse, auch zu bislang unzumutbaren Konditionen. Auf diese Weise wurde die Langzeitarbeitslosigkeit erheblich zurückgedrängt, allerdings zum Preis der Entstehung eines großen Niedriglohnsektors. Die Arbeitsmarktreformen bieten aber keine vollständige Erklärung. Schon vor den Hartz-Reformen von 2003–05 setzte unter dem Druck der Transformation Ostdeutschlands eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes auch in Westdeutschland ein. Viele Unternehmen lagerten Teile ihres Betriebes in Fremd- oder Tochterunternehmen aus, so dass sie nicht an teure Tarif-

verträge gebunden waren. Die Autohersteller zahlten etwa ihrem Reinigungs- und Kantinenpersonal nicht mehr die hohen IG-Metall-Tariflöhne. Teilzeitarbeit und atypische Erwerbsformen wie Minijobs, Leiharbeit und befristete Stellen nahmen zu, flexibilisierten den Arbeitsmarkt und senkten Hürden für den Einstieg in neue Beschäftigungsverhältnisse.⁸

Die vorübergehende Lohnmoderation vollzog sich schon zehn Jahre vor den Reformen und besaß einen größeren Effekt als diese. Ferner spielte die Demographie eine wichtige Rolle. Die zunächst noch steigende Zahl von Menschen im Erwerbsalter schwächte ebenso wie die hohe Arbeitslosigkeit die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer. Der um 2000 einsetzende, sich ab 2005 beschleunigende Rückgang der Zahl der Einwohner im Erwerbsalter trug dann zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Er wurde aber überkompensiert durch eine starke Zuwanderung und eine höhere Erwerbsbeteiligung, so dass sich das sehr positive Resultat sinkender Arbeitslosigkeit und parallel dazu zunehmender Beschäftigung ergab. Dieser glückliche Umstand war vor allem dem Anspringen alter und neuer Wachstumsmotoren geschuldet.

Die traditionellen Stärken der deutschen Wirtschaft lagen im Fahrzeug- und Maschinenbau sowie in der Elektro- und Chemieindustrie. Das vereinte Deutschland blieb ein ausgeprägtes Industrieland mit einem ungewöhnlich hohen Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP. Dazu trug auch ein in vielen Fällen sehr leistungsfähiger, hochspezialisierter «Mittelstand» bei, der sich in dieser Phase verstärkt dem Weltmarkt zuwandte. «Hidden Champions», definiert als Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu fünf Mrd. EUR, die in ihrem jeweiligen Segment, oft einer Nische, weltweit Marktführer sind oder die beiden Positionen unmittelbar dahinter einnehmen, also zu den Top Drei gehören, sind vielfach inhabergeführt, meist jedoch zumindest im Eigentum von Familien, und aufgrund ihrer geringen Größe und ihrer Zurückhaltung der Öffentlichkeit oft nicht bekannt.⁹ Von den 2.734 Hidden Champions, die der BWL-Professor und Unternehmensberater Hermann Simon 2012 weltweit identifiziert hat, kamen 1.307, oder 48 %, aus Deutschland. Kein anderes Land kam auch nur in die Nähe dieser Größenordnung.¹⁰ Andere Untersuchungen von 2015 registrierten in Deutschland sogar 1.620 mittelständische Weltmarktführer.¹¹ In diesem Segment besaß Deutschland einen deutlichen Vorsprung vor allen anderen Nationen.

Die traditionell ohnehin ausgeprägte Exportstärke erreichte nach 1990 bislang unvorstellbare Dimensionen.¹² Obwohl die Importe ebenfalls stark zulegten, stieg der deutsche Handelsbilanzüberschuss zwischen 1991 und 2019 von 11,2 auf 247,9 Mrd. EUR um den Faktor 22 und fiel danach pandemiebedingt bis 2020 auf 179,8 Mrd., was immer noch dem Sechzehnfachen des Wertes von 1991 entsprach.¹³ Die Außenhandelsquote, auch Offenheitsgrad genannt, misst den Anteil von Exporten und Importen am BIP und ist ein Maß der internationalen Handelsverflechtungen einer Volkswirtschaft. Sie veränderte sich im Untersuchungszeitraum spektakulär und stieg von 45,8 % (1990) auf 87,6 % (2020). Diese annähernde Verdoppelung war sowohl bei den Importen als auch den Exporten zu beobachten. Die Außenhandelsquote lag deutlich und mit wachsendem Abstand über dem OECD-Durchschnitt.¹⁴

Die Strategie, einfach herzustellende Vor- und Endprodukte zu importieren und sich in Deutschland auf anspruchsvolle Tätigkeiten mit hoher Wertschöpfung zu konzentrieren, wurde durch das traditionell starke Forschungs- und Bildungssystem unterstützt. Deutschland verfügte 2020 über eine große Zahl von Hochschulen und Berufsakademien, die qualifizierte Absolventen ausbildeten. Zudem gab es 2020 74 Institute und Forschungseinrichtungen der Fraunhofer Gesellschaft mit direktem Anwendungsbezug. Die Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion der Max-Planck-Gesellschaft umfasste 32 Institute, die Sektion Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften der Leibniz-Gemeinschaft 24. Gemessen an Patentanmeldungen lag die Bundesrepublik 2020 in absoluten Zahlen der Meldungen und bezogen auf die Bevölkerungsgröße weltweit auf Platz 5. Beim letzteren relativen Maßstab lag man praktisch gleichauf mit China und den USA, aber deutlich hinter Südkorea, Japan und der Schweiz. Auch bei gültigen Patenten lag die Bundesrepublik vor allen europäischen Staaten auf Platz 5.¹⁵

Das in aller Welt häufig beneidete duale Ausbildungssystem sorgte für eine im internationalen Vergleich gut qualifizierte Facharbeiterschaft, die fähig und motiviert war, sich im Laufe ihres Berufslebens fortzubilden. Die deutsche Industrie profitierte von dieser Fähigkeit, durch Zusatzqualifikationen oder auch Umschulungen flexibel auf veränderte Anforderungen reagieren zu können. Diese Anpassungsfähigkeit ist ein

Spezifikum Deutschlands. In den meisten anderen Industriestaaten war sie in diesem Ausmaß nicht vorhanden.¹⁶ Ihr Fehlen führte dort oft direkt in arbeitsmarktpolitische Sackgassen.

Der dramatische Anstieg der Außenhandelsquote ist darauf zurückzuführen, dass Deutschland in besonderer Weise vom europäischen Binnenmarkt, von der Globalisierung und dem Ende des Kalten Krieges profitierte. Nach der Öffnung Osteuropas konnte Deutschland die Vorteile seiner zentralen Lage in der Mitte Europas voll ausspielen. Auf einmal waren mehrere Niedriglohnländer nur noch wenige LKW-Stunden entfernt. Die Bundesrepublik verfügte über ein sehr dichtes und leistungsfähiges Transportsystem, das in Ostdeutschland modernisiert worden war. Dem Überseehandel kam der Rückgang der Frachtsätze infolge der fortschreitenden Containerisierung und des Anwachsens der Schiffsgrößen zugute. Das Internet und Telekommunikationssatelliten erleichterten und beschleunigten eine stabile Kommunikation zwischen weit entfernten Standorten. Immer mehr Unternehmen nutzten Vorprodukte aus Niedriglohnländern, wobei sie diese entweder von externen Zulieferern (Outsourcing) oder vermehrt von eigenen Produktionsstätten im Ausland (Offshoring) bezogen. Bei diesen Importen sanken die Zölle stärker als bei anderen Produkten.¹⁷

Unterstützt wurde diese Entwicklung dadurch, dass die Terms of Trade für Deutschland in der frühen Berliner Republik im Durchschnitt deutlich günstiger als in den 1970er und 1980er Jahren waren.¹⁸ Mit anderen Worten konnte die Bundesrepublik für ein bestimmtes Exportvolumen mehr an Güterwerten importieren und sich so Vorteile sichern. Hier spielten Preisrückgänge bei Rohstoffen eine wichtige Rolle, aber auch die Tatsache, dass deutsche Produkte aufgrund ihrer Qualität im Ausland höhere Preise erzielten.

Oft ging mit dem Aufbau globaler Lieferketten eine Technologiedifferenzierung einher, der zufolge Kernkompetenzen in den deutschen Stammwerken blieben, aber unspezifische Technik von preiswerteren Anbietern auf dem Weltmarkt bezogen wurde. Der mittelständische Hersteller hochpräziser Waagen, die Sartorius AG, vollzog Mitte der 1990er Jahre einen technologischen Quantensprung, als die aufwendige Montage von bis zu 150 Einzelteilen durch ein von einer Maschine aus einem Stück Aluminium gefrästes monolithisches Wägesystem abgelöst

wurde. Dieser Zuwachs an Produktivität gelang durch den Einsatz einer rechnergestützten numerischen Steuerung (computerized numerical control: CNC). Parallel dazu entschied man sich, die Displays und andere nicht funktionsbestimmende Elektronikkomponenten von einem Auftragsfertiger in Malaysia zu beziehen.¹⁹

Outsourcing, Offshoring und Technologiedifferenzierung breiteten sich rasant aus. Sie waren häufig exportgetrieben und führten zu Kostenersparnissen, die die Wettbewerbsfähigkeit erhöhten und die Exportvolumina hochschnellen ließen.²⁰ Anders ausgedrückt sank der Anteil inländischer Wertschöpfung je Exporteinheit, während trotzdem im Gegensatz zur These der «Basarökonomie»²¹ die inländische Wertschöpfung dank des Exportbooms zunahm. Gleichwohl ist nicht zu bestreiten, dass die Produktion einzelner Branchen wie der Textil- oder der Schuhindustrie nahezu vollständig durch Importe ersetzt wurde und es klare Globalisierungsverlierer gab. Ökonomisch machte es jedoch Sinn, nicht mehr wettbewerbsfähige, vor allem arbeitsintensive Produktionsbereiche ins Ausland zu verlagern und die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu nutzen.

Handelte es sich bei der Exportstärke um einen schon lange wirksamen Aktivposten, der nach 1990 globalisierungsbedingt weiter erstarkte, kam es auf dem Arbeitsmarkt zu einer neuartigen, unerwarteten Flexibilisierung. Es gelang der Übergang von einer relativ starren, zentralistischen Lohnfestsetzung durch Flächentarifverträge zu einem hybriden System, das Öffnungsklauseln sowie dezentrale und flexible Übereinkünfte zuließ. 2020 waren nur noch 25 % der Betriebe und 46 % der Beschäftigten durch Flächentarife gebunden, die für jeweils alle Unternehmen einer Branche in einer bestimmten Region einheitliche Konditionen vorschrieben.²² In der alten Bundesrepublik hatten diese Quoten 1990 etwa doppelt so hoch gelegen.

Die Arbeitskosten nicht-tarifgebundener Unternehmen wurden gedämpft, wodurch sie oftmals ihr Überleben sichern konnten, vor allem in Ostdeutschland. Dort waren 2020 nur noch 32 % aller Beschäftigten und 24 % aller in der Privatwirtschaft Arbeitenden von Flächentarifverträgen erfasst. Die bemerkenswerte, bislang undenkbbare Dezentralisierung der Lohnfindung ermöglichte die Berücksichtigung lokaler und betrieblicher Spezifika. Hintergrund dieser Flexibilisierung war eine

Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Tarifparteien. In dem Maße, in dem Outsourcing und Offshoring reale Alternativen wurden, schwächte sich die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer. Zudem war die Angst vor dem Verlust der Arbeitsstelle angesichts zweistelliger Arbeitslosenquoten in den meisten Jahren real.

Die Zahl der durch Streiks und Aussperrungen verlorenen Arbeitstage blieb niedrig und weit hinter den meisten westlichen Industriestaaten zurück.²³ Arbeitskonflikte waren selten und kurz. In den meisten Jahren lag die Zahl der durch Streiks und Aussperrungen verlorenen Arbeitstage pro 1.000 Beschäftigte unter fünf, in fünf Jahren sogar unter eins.²⁴ Aussperrungen kamen im gesamten Zeitraum fast nicht mehr vor, selbst nicht in den ungewöhnlich streikintensiven Jahren 1992 und 2015. Lange, erbitterte Auseinandersetzungen blieben selten und auf wenige Branchen wie den Flug- und Bahnverkehr beschränkt. Dass dieser Übergang zu einem flexibleren Arbeitsmarkt ohne destruktive Konflikte und politische Vorgaben der Regierung verlief, unterstreicht die Stärke der kooperativen Kultur der deutschen Tarifparteien. Ohne die bewährte Tarifautonomie aufzugeben, gelang es, die Rigiditäten des Arbeitsmarktes zurückzufahren.²⁵

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de